

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Kurz kommentiert: Kernenergie - Waldrente - EG-Agrarmarkt - EG-Japan - GATT

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: Kernenergie - Waldrente - EG-Agrarmarkt - EG-Japan - GATT, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 9, pp. 433-434

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136194>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Kernenergie

### Vor dem Ausstieg?

---

Die Bundesregierung sah sich unangenehm überrascht, als gleich beide zur Frage des Ausstiegs aus der Kernkraft angeforderten Gutachten in der Öffentlichkeit zumeist als Beleg für die „Machbarkeit“ gedeutet wurden. Bei näherem Hinsehen werden indes eher die Grenzen wissenschaftlicher Entscheidungshilfe für die Politik sichtbar. So gibt es bei allen Beteiligten keinen Dissens darüber, daß mit dem Mehreinsatz fossiler Brennstoffe die Umwelt zusätzlich belastet wird. Aber schon bei der Abwägung dessen gegenüber der Minderung von Strahlungsgefahren ist die Wissenschaft objektiv überfragt.

Die Berechnungen des Essener Instituts unterstreichen eindrucksvoll die kurzfristigen Kosten eines Ausstiegs noch in diesem Jahr, wird doch gleich für die beiden ersten Jahre eine Produktionseinbuße für möglich gehalten, die die Volkswirtschaft wieder bis zur Stagnation zurückwerfen würde. Daß sich andererseits ein über 25 Jahre gestreckter Ausstieg im Modell ohne Friktionen darstellen läßt, kann kaum verwundern. Aber mit anderen, nicht weniger plausiblen Annahmen sind auch ungünstigere Schlußfolgerungen möglich. Ein Wahrheitsbeweis ist weder das eine noch das andere.

Wesentlich verringern würde sich das mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbundene sogenannte Restrisiko, wenn auch die Nachbarländer einem Ausstieg der Bundesrepublik folgten. Dann wären allerdings nicht nur die Belastungen der Umwelt höher, sondern es müßte sich in diesem Fall auch fossile Energie verteuern. Dies wiederum „beweist“ nicht die Unverzichtbarkeit von Kernenergie. Zumindest sollten aber keine Illusionen über die Kosten eines Ausstiegs bestehen. ma

---

## Waldrente

### Kurieren am Symptom

---

Die Bundesregierung bleibt ihrer agrarpolitischen Linie treu. Widersprüche zu ihrem marktwirtschaftlichen Bekenntnis können sie nicht irritieren. Jüngstes Kind des Hauses Kiechle ist der Plan einer „Waldrente“. Landwirte, die Landwirtschaftsflächen stilllegen und aufforsten, sollen über mindestens zehn Jahre Zahlungen für

die Einkommensausfälle aus der Aufgabe der Agrarproduktion erhalten. Aufforstungshilfen (50 bis 80 % der Aufwendungen) werden auf die „Waldrente“ nicht angerechnet.

Auch dieser Ansatz der Flächenumwidmung ist nur ein Kurieren am Symptom; denn das Angebotsüberschüsse produzierende, konsumentenunfreundliche Agrarsystem wird nicht angetastet. Der Übergang zu einem wettbewerbsorientierten System, das die Märkte via Preise wieder ins Gleichgewicht bringen würde und zu dem sich die Kommission in ihrem „Grünbuch“ prinzipiell bekennt, ist für die deutsche Regierung weiterhin indiskutabel.

Bei dem vorgesehenen Ansatz muß die Gefahr gesehen werden, daß die Bauern, die für den Erhalt der „Waldrente“ Landwirtschaftsfläche aufgeben, verstärkt zu weniger flächenintensiven Produktionen übergehen. Damit könnten Überschußprobleme in anderen Bereichen zunehmen. Will man dies ausschließen, so ist ein neuer bürokratischer Überwachungsapparat zusätzlich zu dem notwendig, der Stilllegung und Aufforstung kontrollieren muß. Außerdem müssen Stellen geschaffen werden, die die „Waldrentenleistung“ durchführen. Die kostenintensive Agrarmarktregulierung nimmt so weiter zu. hk

---

## EG-Agrarmarkt

### Europäische Absurditäten

---

Die vor zwei Jahren durchgeführte Neuordnung des Milchmarktes hat eine Zunahme des EG-Butterberges nicht verhindern können. Gegenwärtig lagern schon rund 1,4 Mill. t Butter in den Kühlhäusern der Gemeinschaft. Statt aber nun endlich über eine deutliche Absenkung von Interventionspreisen und garantierten Ankaufmengen dem Überschußproblem ursachengerecht zu Leibe zu rücken, wird man auch dieses Jahr in der EG zu „bewährten“ Absatzmitteln, wie stark verbilligter „Weihnachtsbutter“ und „Sozialbutter“ greifen. Damit schafft man primär aber nur Raum für neue Einlagerungen.

Die ganze Absurdität des gegenwärtigen Agrarsystems führt eine neue Absatzvariante noch viel deutlicher vor Augen: die Abgabe von Interventionsbutter als Beimischung für Kälberfutter. Damit ist der Kreislauf geschlossen und der Agrarwahnsinn fast perfekt. Die Überschußbeseitigung ließe sich allerdings noch be-

schleunigen: Ein Verzicht der Gemeinschaft auf den Verkaufspreis von rund 200 DM je Tonne „Kälberbutter“ – ein Vierunddreißigstel des gemeinschaftlichen Interventionspreises! – würde die Futtermittelproduzenten möglicherweise zu einer stärkeren Butternachfrage anregen. Angesichts der Lagerkosten von rund 900 DM je Tonne wäre diese Preissenkung für die Gemeinschaft – unter den herrschenden Rahmenbedingungen – sogar noch ökonomisch sinnvoll. Der Gefahr eines sich hieraus ergebenden stärkeren Anwachsens des Rindfleischberges kann die EG wiederum durch subventionierte Exporte begegnen, die selbst, wie im Falle der Importe des traditionellen Fleischausfuhrlandes Brasilien, zu einer Umkehrung „überkommener Handelsströme“ führen können.

Solche spektakulären Absurditäten haben vermutlich auch ihr Gutes: Nirgends wird die Mittelverschwendung dem Steuerzahler deutlicher vor Augen geführt, und sein Druck auf die Politiker, diese Verschwendung zu beseitigen, dürfte wachsen. kr

---

### EG-Japan

## Schützenhilfe für Rank Xerox

---

Die EG-Kommission hat kürzlich entschieden, auf die Einfuhr von japanischen Photokopierern des unteren Preissegments vorläufig Antidumpingzölle zu erheben. Beantragt hat das Antidumpingverfahren vor einem Jahr der zu diesem Zweck von den Firmen Rank Xerox, Oce, Develop, Tetras und Olivetti gegründete Verband der europäischen Fotokopiergerätehersteller (CE-COM). Inzwischen hat aber Olivetti den gesamten Kopierbereich an Japaner verkauft, und Develop und Tetras sind von japanischen Unternehmen ganz oder teilweise übernommen worden. Da Oce gar keine Geräte dieser Preis- und Leistungsklasse herstellt, bleibt als möglicher Nutznießer nur Rank Xerox übrig.

An den Kragen geht es indessen nicht etwa den japanischen Produzenten. Neben den oben genannten Firmen gibt es noch eine Reihe europäischer Unternehmen, die selbst nur große Geräte herstellen, aber kleinere Kopierer aus Japan importieren und vertreiben. Sie bedienen so etwa ein Drittel des Marktes. Dieses Geschäft wird ihnen bald entgehen. Die japanischen Hersteller werden jetzt vermehrt dazu übergehen, ihre Geräte in europäischen Tochtergesellschaften zusammenzubauen und nur noch Komponenten aus der Heimat zu importieren. Auf Komponenten dürfen nämlich weder nach GATT- noch nach EG-Regeln Antidumpingzölle erhoben werden.

Von dieser Vorschrift profitiert auch Rank Xerox. Dieser Riese unter Zwergen bezieht die Komponenten zu einem Drittel aus den USA und zu einem Drittel aus Japan. Nur die Produktion des verbleibenden Drittels wird letztlich durch die Antidumpingzölle geschützt. Rank Xerox aber ist mehrheitlich im Besitz der amerikanischen Xerox Corporation. Braucht die Xerox Corporation europäische Schützenhilfe gegen japanische Konkurrenten? ho

---

### GATT

## Signal aus Moskau

---

Nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich überrascht der sowjetische Parteichef Gorbatschow die westlichen Industrieländer mit weitreichenden Vorschlägen zur Zusammenarbeit. Der jüngste Vorstoß ist das signalisierte Interesse an einer Mitarbeit im GATT.

Dieses Interesse der UdSSR am GATT ist nicht ganz neu – bereits 1982 bemühte sie sich vergeblich um den Beobachterstatus. Überraschend an ihrem jetzigen offiziellen Gesuch, an der in Punta del Este (Uruguay) zu beschließenden nächsten GATT-Runde teilzunehmen, ist jedoch, daß die Sowjetunion erstmals zu einer Mitgliedschaft in einer multilateralen Organisation bereit zu sein scheint, die eindeutig von den westlichen Industrieländern dominiert wird und deren Grundsätze allein auf marktwirtschaftlich orientierte Länder zugeschnitten sind.

Diesem Gesuch dürften einige Widerstände entgegengebracht werden. Insbesondere zwei eng miteinander verknüpfte Grundsätze des GATT – die Meistbegünstigung und die Reziprozität – sind von der UdSSR ebensowenig zu erfüllen wie von den anderen Staatshandelsländern, die in der Regel keine Zollsysteme im Sinne des GATT haben, sondern in denen der Staat mit Hilfe seines Außenwirtschaftsmonopols die perfekte Kontrolle über den Außenhandel ausübt. Möglicherweise wäre aber auch die UdSSR wie z. B. Polen und Rumänien bereit, Sonderregelungen zu akzeptieren.

Die USA haben bereits ihre ablehnende Haltung gegenüber einer sowjetischen Mitgliedschaft im GATT zum Ausdruck gebracht. Abgesehen von zweifellos vorhandenen politischen Bedenken sehen die USA keine Vorteile für eine Liberalisierung des Welthandels. Insofern stehen die Chancen für die UdSSR nicht besonders gut, als aktiver Verhandlungspartner in die bevorstehende GATT-Runde einzuziehen zu können. pp